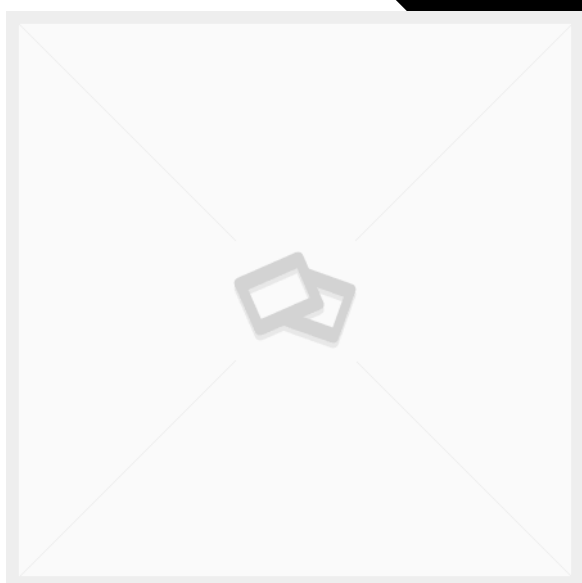


SCHLUSSFOLGERUNGEN AUS DER WIRTSCHAFTSPOLITIK DER LANDESREGIERUNG



am 24. März 2012
[Beschlüsse](#), [Sachsen-Anhalt](#),
[Unternehmen](#) [Wirtschaft](#)

Beschluss des Landesparteitages

Die FDP fordert die Landesregierung und die Kommunen auf, der wirtschaftsfeindlichen Politik ein Ende zu setzen. Die Chancen Sachsen-Anhalts nicht auf dem Altar sozialer Gerechtigkeit und der Arbeitslosigkeit zu opfern.

Mit dem Wassercent und der Einführung der Grunderwerbssteuer wurde neue Kosten für Kommunen erzeugt. Das beabsichtigte Vergabegesetz verteuert die Energiepreise für Unternehmen durch gesetzlich nicht vorgeschriebene Zuschläge. Der Ausbau erneuerbarer Energien führt durch die EEG-Umlage und Netzausbaukosten zu einer Benachteiligung energieintensiver Unternehmen. Unsicherheiten für die Entsorgungswege von Abfällen und die Erhöhung der Energiepreise führen zu erhöhten Entsorgungs- und Energiekosten. Die Ausweitung der wirtschaftlichen Tätigkeit von Unternehmen führt zu Marktverwerfungen aufgrund der Privatisierung von Kommunalunternehmen und der Verwendung von

Monopole und Kartellisierung.

Die Liste der Verbrechen der Regierung gegen das freie Unternehmertum in Sachsen-Anhalt ist lang.

Damit muss Schluss sein mit dem Prozess des Landes zu beenden.